

Warum es fatal ist, Politik als Deal zu sehen

Didier Burkhalter tritt zurück und mit ihm verschwindet das Schweiz-EU-Problem. So lesen sich jedenfalls die Kommentare in bürgerlichen Schweizer Zeitungen. Kernig wird nach dem linken Bundesrat im FDP-Mantel ein klar bürgerlicher Nachfolger gefordert. Der wird es dann schon richten mit der EU und für die Schweiz den besten «Deal» herausholen. Und genau das ist das Problem: Schweizer Politiker verstehen Aussenpolitik nur noch als Deal. Sie reduzieren die Welt auf einen Markt und kennen nur noch einen Wert: den Marktwert. Das ist fatal – gerade für uns Menschen in der Schweiz.

Die «NZZ» spricht vom *europheilen Burkhalter* und davon, dass sein Rücktritt die *Chance für einen Neuanfang in der Europafrage* biete.¹ Zwar gibt auch die NZZ zu: *Die Positionen Brüssels werden sich nicht grundlegend verändern*, aber die Schweiz müsse selbstbewusster auftreten. Auch sonst sei die Neubesetzung sehr wichtig: *Es gilt, die Landesregierung wieder auf einen klar bürgerlichen Kurs zu bringen*. Warum und wozu schreibt die NZZ nicht. Hauptsache klar bürgerlich. Und weil

das doch sehr nach SVP tönt, schiebt der Kommentator noch nach: *Es bestehen keine Zweifel, dass der frei werdende Sitz der FDP gehört*.

A propos SVP: In der BaZ kommentiert Markus Somme, Didier Burkhalter wirke *in den rauer werdenden Zeiten von Trump* wie ein *Mensch aus einer anderen Epoche*.² Und so, wie Somme tönt, meint er damit eine vergangene Epoche. Der Grund für Sommes Abneigung wird schnell klar: *Burkhalter war überzeugt, weiss Somme, dass die Schweiz sich weiter in die EU integrieren sollte, am liebsten wäre ihm wohl der Beitritt gewesen*. Deshalb seien Burkhalter und die Schweiz nicht warm geworden.

Vom Deutschen Reich freigeschossen

Denn, polemisiert Somme, der Blick auf den *grandiosen Neuenburgersee* genügt nicht, um zu verstehen, warum die meisten Schweizer einen EU-Beitritt ablehnten, *insbesondere* (das ist wörtlich zitiert) *in der deutschen Schweiz nicht, jenem Reservat der Eidgenossen, die sich einst aus demokratischen Gründen vom Deutschen Reich freigeschossen haben*. Wie bitte? *Freigeschossen?* Es

war ja schon warm diese Woche. Aber so warm war es nun auch wieder nicht.

Denn das ist gleich dreifache Geschichtsklitterung: Zum einen haben sich die Schweizer nicht vom Deutschen Reich freigeschossen, sondern sich bis 1648 explizit zur Schirmherrschaft des Deutschen Reichs bekannt. Entsprechend sind in allen alten Orten heute noch Reichsadler zu Hauf anzutreffen, in welche die Kantonswapen eingebettet sind. Erst der Basler Bürgermeister Rudolf Wettstein hat die Eidgenossenschaft durch Verhandlungen aus dem Reich gelöst. Allfällige Unabhängigkeitsgelüste der Eidgenossen hatten zweitens keine *demokratischen Gründe*, die Demokratie im heutigen Sinne haben die Schweizer erst lange nach Napoleon gelernt. Als unabhängig haben sich die Schweizer dann präsentiert, wenn sie zwischen die Mühlsteine der europäischen Grossmächte zu geraten drohten. Und *freigeschossen?* Da ist der Tell mit Somme durchgegangen.

Aussenpolitik als Deal

Die Sommesche Suada mag historisch Blödsinn sein – sie ist typisch für die überhebliche Selbstpositionierung der

rechtsbürgerlichen Schweiz. Ihr Tenor: Alle Bundesräte und Staatssekretäre, die es nicht schaffen, die EU in die Knie zu zwingen, sind unfähige, linke Europhile. Dass das absurd ist, dafür reicht ein Blick in die statistischen Zahlen: Europa hat fast hundert mal mehr Einwohner als die Schweiz, die EU (510 Millionen Einwohner) etwa 61 mal mehr. Doch im Umgang mit der EU ist für die Rechten das demokratische Zählen der Köpfe plötzlich nicht mehr wichtig. Sie argumentieren lieber mit der Wirtschaft. Die Schweiz, argumentieren sie, ist wirtschaftlich sehr wichtig für die EU: Sie ist ihr dritt wichtigster Handelspartner. Das stimmt – 8,4 % der EU-Exporte gehen in die Schweiz.³ Das Problem ist: Die EU ist umgekehrt für die Schweiz viel wichtiger. Denn diese 8,4 % der EU-Exporte entsprechen 71,8 % der Schweizer Importe. Mehr als die Hälfte (53 %) der Schweizer Exporte gehen an EU-Länder – machen da aber nur 5,9 % der Einfuhren aus.⁴

Abgesehen davon, dass diese Zahlen die Grössenverhältnisse deutlich machen – das Fokussieren auf die Wirtschaft ist typisch für die Schweizer EU-Politik. *Schweizer Politiker betrachten die EU*

ausschliesslich aus wirtschaftlicher Perspektive, für deutsche Politiker ist die EU dagegen ein politisches Projekt, in erster Linie ein Friedensprojekt, sagt Adrian Arnold, Deutschlandkorrespondent des Schweizer Fernsehens.⁵ Etwas überspitzt gesagt: Insbesondere für rechtsbürgerliche Schweizer Politiker ist Aussenpolitik *the art of the deal*.⁶ Die Aussenpolitik der Schweiz reduziert sich für sie darauf, für die Schweiz (und das heisst: für die Schweizer Wirtschaft) einen möglichst guten Deal herauszuholen. Es ist die Reduktion des Politikers auf den Dealmaker.

Die Welt als Markt

In ihrem Buch *Widerstand der Vernunft: Ein Manifest in postfaktischen Zeiten* schreibt Susan Neiman: *Wenn nur das Messbare zählt, verwundert es nicht, dass Aussenpolitik als Deal verstanden wird, in dem Loyalität, Bündnistreue, ja, Prinzipien überhaupt keine Rolle spielen. Alles wird an einer Latte gemessen: Bringt es mir und meinem Stamm, meinem Land, meinem Volk Gewinn?* Genau so argumentieren viele Schweizer Politiker. Sie reduzieren Werte auf Marktwerte und betrachten die Welt ausschliesslich durch die Brille der Wirtschaft: Die Welt als Markt.

In Frankreich, in Deutschland und in anderen Europäischen Ländern ist die

EU, obwohl ursprünglich eine Wirtschaftsgemeinschaft, immer auch ein politisches Projekt: in erster Linie ein Friedensprojekt. In diesen Ländern wissen die Politiker um die Kostbarkeit (und um die Fragilität) des Friedens in Europa. In der Schweiz zucken die Menschen dagegen mit den Schultern: Die Alternative zur EU ist für sie nicht Krieg und Chaos, sondern nationale Handlungsfreiheit. Im Unterschied zu den Schweizern wissen Deutsche, Franzosen, Belgier, Niederländer, Tschechen, Slowaken und all die anderen, wieviel Blut diese so genannte nationale Handlungsfreiheit kosten kann.

Angela Merkel hat in letzter Zeit immer wieder betont, dass die EU eine Wertegemeinschaft sei.⁷ Europa steht für die Werte der Aufklärung und des Humanismus. Europa grenzt sich auf diese Weise ab gegenüber China, Russland und neuerdings auch gegenüber den USA. Es würde der Schweiz gut anstehen, wenn sie wieder mehr in die humanistischen Werte investieren und weniger auf die Frankenwerte schauen würde. Fortschritt darf nicht einfach Umsatzsteigerung sein. Es mag sein, dass Geld nicht stinkt – aber manchmal klebt Blut daran. Dass wir Schweizer von zwei Weltkriegen verschont wurden, gibt uns nicht das Recht, uns über die Werte der Europäer hinweg-

zusetzen. Es würde uns im Gegenteil dazu verpflichten, voranzuschreiten.

Basel, 16.6.2017

mz@matthiaszehnder.ch

Quellen

- 1 Vgl. <https://www.nzz.ch/meinung/ruecktritt-von-didier-burkhalter-nun-ist-ein-buergerlicher-bundesrat-zu-waehlen-ld.1300968>
- 2 Vgl. <http://bazonline.ch/schweiz/standard/Der-scheue-Staatsmann/story/23223675>
- 3 Vgl. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/International_trade_in_goods/de#Extra-EU-Handel
- 4 Vgl. https://www.eda.admin.ch/content/dam/dea/de/documents/faq/schweiz-eu-in-zahlen_de.pdf
- 5 Vgl. <http://www.matthiaszehnder.ch/vortraege/spannendes-gespraech-mit-adrian-arnold/>
- 6 Vgl. https://en.wikipedia.org/wiki/Trump:_The_Art_of_the_Deal

- 7 Zum Beispiel hier: <https://www.aargauerzeitung.ch/ausland/merkel-und-cazeneuve-beschwoeren-wertegemeinschaft-der-eu-130972048>